

Volksabstimmung zum Planungskredit für den Ersatz der Asylunterkunft

«Das Gebäude braucht es für die Integration nicht zwingend» – «Ich glaube schon»

Der Bezirksrat möchte im Sommer die Planung einer neuen Asylunterkunft in Auftrag geben. Von den Ortsparteien ist einzig die SVP dagegen. Im Luterbach tauschen Bezirksrat Toni Schuler und SVP-Vizepräsident Samuel Lütolf ihre Argumente aus.

Interview von Fabian Duss

Wir treffen uns in der Asylunterkunft im Luterbach. Wie würden Sie die Wohnsituation hier beschreiben?

Toni Schuler: Obwohl es erst Mai ist, ist es hier drin schon ziemlich warm. Vor allem für eine längere Unterbringung von Menschen ist die Wohnsituation nicht ideal, weil es sich um eine Kollektivunterkunft handelt. Allerdings hat sie den Vorteil, dass sie sich flexibel nutzen lässt.
Samuel Lütolf: Ich schätze es ähnlich ein. Eine Dauerlösung ist die Unterkunft nicht. Aber gerade im Asylbereich, wo man so extreme Schwankungen hat, ist sie eine flexible und gute Lösung – und vor allem eine preiswerte.

Haben Sie schon mal mit den Bewohnern darüber gesprochen, wie sie ihre Wohnsituation beurteilen – oder verfügen Sie nur über Second-hand-Informationen?

Schuler: Die Bewohner äussern sich mir gegenüber nicht negativ, wenn ich mit ihnen rede, weil sie wissen, dass ich Bezirksrat bin. Ich erhalte aber Infos aus meiner Abteilung. Die Leute berichten meinen Mitarbeitenden, dass es sehr demotivierend sei, nach rund 300 Tagen in den Kollektivunterkünften des Bundes und des Kantons hier wieder in einen Container zu kommen.

Herr Lütolf, Sie sind hier wohl kaum Stammgast ...

Lütolf: Natürlich nicht, aber im Kantonsrat sind Asylunterkünfte und die Unterbringung von Asylsuchenden ein grosses Thema. So hat der Kanton etwa die Durchgangszentren Degenbalm in Morschach und den Biberhof in Biberbrugg gekauft.

Aktuell wohnen hier 30 Personen – zehn im Männertrakt und 20 im Familienrakt. Dem Bezirksrat zufolge genügt die Unterkunft «in mehrfacher Hinsicht nicht mehr den Anforderungen für eine langfristige Unterbringung». Was ist damit konkret gemeint?

Schuler: Der Familiencontainer ist relativ alt und muss erneuert werden. Die Frage ist nun wie. Soll man wieder in Wohncontainer investieren, die allerdings den energietechnischen Anforderungen genügen? Aktuell hat es dort eine Heizung drin, doch man heizt faktisch nach draussen. Im Sommer kann der Familiencontainer nicht gekühlt werden. Der andere Container, den wir von den SUK-Mineuren übernahmen, ist diesbezüglich etwas angenehmer, da er über eine Klimaanlage verfügt. Vor allem aber genügen Container nicht für eine mehrjährige Unterbringung, insbesondere von Familien. Wenn man die Integration fördern will, sollte die Unterkunft nicht demotivierend und das Konfliktpotenzial möglichst gering sein. Letzteres ist immer dort am grössten, wo viele Leute zusammenleben und die gleichen Sachen benutzen müssen.

Ist der Handlungsbedarf für Sie nachvollziehbar?

Lütolf: Ehrlich gesagt eigentlich nicht. Ich kann den Drang, hier unbedingt etwas zu machen, nicht nachvollzie-

hen. Ich verstehe, dass der Bezirk Probleme lösen muss. Die Asylsuchenden werden dem Bezirk aufgelastet und er muss sie irgendwo unterbringen. Aber dass es dafür eine Luxuslösung braucht, kann ich nicht nachvollziehen. Ich erachte die Containerlösung als sinnvoll. Umliegende Gemeinden zeigen auch, dass man es so machen kann. Die Frage für mich ist, in welchem Rahmen, wie gross und zu welchem Preis man es machen will. Es sollte nicht das Ziel sein, Leute langfristig hier drin zu haben. Asyl sollte eine temporäre Geschichte sein. Leider bleiben in der Realität sehr viele Leute viel zu lange hier. Aber dieses Problem lösen wir nicht hier auf dieser Stufe. Darum wäre es wichtig, dass der Bezirk nicht einfach alles frisst, was von oben runter kommt, sondern Signale setzt und die Probleme benennt.

Das haben Sie unlängst bereits an der Bezirksgemeinde gefordert.

Lütolf: Die Bundesasylpolitik ist das Problem – und sie ändert nur, wenn jemand reagiert.

Der Bezirksrat ist angesprochen.

Schuler: Wenn es ein Problem gäbe, würde vor dem Bundeshaus dagegen demonstriert. Wir wurden gewählt, um die vorhandenen Gesetze auszuführen. Es ist nicht unsere Aufgabe, nach Bern zu schreiben und eine Änderung zu verlangen. Unsere Aufgabe ist es, im Rahmen der gesetzlichen Grundlagen das beste aus der Situation zu machen. Für den Rest haben wir den Kantonsrat respektive nationale Wahlen. Am Ende sind es die Parlamente, die Gesetze machen.

Lütolf: Das Problem ist vorwiegend nicht die Gesetzgebung, sondern vor allem deren Umsetzung. Mit der Genfer Konvention haben wir grundsätzlich eine gute Regelung, indem wir Menschen, die an Leib und Leben bedroht sind, Asyl gewähren. Leider haben wir dennoch sehr viele Wirtschaftsmigranten im Asylbereich, die eigentlich gar kein Recht haben, hier zu sein. Wir haben auch sehr viele Leute, deren Asylgesuch zwar abgelehnt wurde, die aber nicht zurückgeschickt werden können. Natürlich sind das auch internationale Probleme um die sich der Bundesrat kümmern muss. Wenn unsere Kantonsregierung reklamieren will, muss sie aber Anhaltspunkte dafür haben. Wenn sich alle Gemeinden einfach damit abfinden, hier und dort Unterkünfte bauen und überall Wohnungen mieten, so dass die eigene Bevölkerung keinen Wohnraum mehr findet, passiert natürlich nichts. Es wird einfach gefressen und kostet unglaublich viel Geld, aber die Politik ändert sich nicht. Der Bezirksrat muss deshalb zu erkennen geben, dass es ein Problem gibt, die Leute unterzubringen. So kann es nicht weitergehen!

Schuler: Klar, Leute mit negativem Entscheid sollen auf sicherem und schnellem Weg zurückgeführt werden. Das passiert in den Bundeszentren. Aber jene Personen, die nach Küsnacht kommen, haben zu 90 Prozent einen positiven Entscheid und bleiben hier. Wir haben ein Interesse daran, dass sie möglichst schnell integriert und wirtschaftlich selbstständig werden.

Lütolf: Das stimmt so nicht ganz. Asylsuchende mit dem Status «vorläufig aufgenommen» haben keinen positiven Entscheid.
Schuler: Ja, es gibt Personen, die vorläufig aufgenommen wurden. Aber man kann diese Leute nicht zurück in ein Kriegsgebiet schicken oder in Länder, mit denen es keine Vereinbarungen zur Rückführung gibt.

Wie sieht die Position der SVP genau aus: Die bestehenden Contai-



Samuel Lütolf (l.) vermögen Toni Schulers Argumente für den Bau einer neuen Asylunterkunft im Luterbach nicht zu überzeugen.

«Im Asylbereich sollte man mit flexiblen Lösungen arbeiten.»

Samuel Lütolf
Vizepräsident SVP Küsnacht

ner belassen, aber zusätzliche für eine temporäre Nutzung beschaffen?

Lütolf: Wenn es bei den Containern ausgewiesenen Handlungsbedarf gibt, soll man darüber diskutieren sie auszuwechseln. Vielleicht sollte man die vorhandenen Unterkünfte familientauglicher machen. Mit Containern gibt es viele, vor allem auch flexible und preiswerte Möglichkeiten. Auf jeden Fall soll man nicht einfach die Container entfernen, für sechs Mio. Franken ein Gebäude hinstellen und noch fast eine halbe Mio. Franken für die Planung ausgeben.

Blicken wir kurz über die Bezirksgrenzen hinaus: Ingenbohl hat vor einigen Jahren in Brunnen einen Neubau für rund 50 Personen realisiert und ist damit ganz zufrieden. Meggen übergab dem Kanton Luzern Anfang März eine auf drei Jahre befristete Wohncontainer-siedlung für 100 Personen. Weshalb orientiert sich der Bezirk an Ingenbohl und nicht an Meggen?

Schuler: Aktuell müssen wir 250 Personen unterbringen. Weil die Container dafür nicht ausreichen, müssen wir extern Wohnungen mieten und haben hohe Mietkosten. Mit einem eigenen Bau können wir diese reduzieren.

Die neue Asylunterkunft wäre frühestens in zwei Jahren bezugsbereit. Die SVP findet, damit löse

man die «heutigen akuten Probleme in keiner Weise». Container hingegen wären deutlich schneller einsatzbereit. Was tut der Bezirk, falls diesen Sommer noch mehr Asylsuchende in die Schweiz kommen und der Kanton den Verteilschlüssel erhöhen muss?

Schuler: Das gleiche wie letztes Jahr: Wir suchen intensiv Wohnraum, was ein riesiger Aufwand ist. Was wir in der Zukunft machen, beurteilen wir situativ. Die Problematik ist, dass wir in Küsnacht immer weniger preisgünstigen Wohnraum haben und deshalb weniger Möglichkeiten, etwas anzumieten. Wir finden es deshalb nachhaltiger, selber etwas zu bauen. Kurzfristig sind Container tatsächlich günstiger, mittel- und langfristig aber nicht. Ein Container hat eine Lebensdauer von 10 bis 15 Jahren, ein Gebäude 50 Jahre. Da rechnet sich das Gebäude besser.

Lütolf: Es ist ein Problem, dass der Bezirk derzeit viel günstigen Wohnraum mietet, der dann für die einheimische Bevölkerung nicht mehr zur Verfügung steht. Wenn man das Problem schnell lösen möchte, müsste man die Infrastruktur für Asylsuchende dann hochfahren, wenn die Zahlen hoch sind; also jetzt – und nicht in drei Jahren.
Schuler: Nein, denn wir wollen das Problem eben langfristig lösen, nicht kurzfristig. Wir erwarten nicht, dass die Zahlen wieder stark zurückgehen. Natürlich entwickelt sich Migration wellenförmig, aber es gab sie schon immer. Nach 2015 sank die Zahl der uns Zugewiesenen bis auf 100. Seit her stieg sie wieder. Ich halte es nicht für realistisch, davon auszugehen, dass wir irgendwann keine Migration mehr haben werden. Eine Grundlast wird es immer geben.

Lütolf: Es ist doch offensichtlich: Wenn Küsnacht ein Gebäude mit 100 Plätzen hinstellt, werden die im-

mer belegt sein. Andere Gemeinden werden entlastet, weil Küsnacht so viel Platz zur Verfügung hat. Ich bezweifle nicht, dass die Unterkunft genutzt würde, aber das Problem ist, dass wir das von uns aus machen: Nach fünf bis sieben Jahren fallen die Asylsuchenden aus der Bundesfinanzierung. Wenn die mal bei uns sind, bleiben sie auch. Dann erfüllen wir den Verteilschlüssel unter Umständen nicht mehr, obwohl wir so eine Infrastruktur haben und müssen die Sozialhilfekosten ohne Beitrag des Bundes selber tragen.

Schuler: Ich glaube nicht, dass wir mit unserer Infrastruktur Leute aus anderen Gemeinden anziehen. Wir sind ja der Vermieter und haben alles Interesse daran, eigene Leute darin unterzubringen. Unser Ziel ist, dass die Leute nach fünf oder sieben Jahren wirtschaftlich selbstständig sind. Diesbezüglich ist Küsnacht relativ gut unterwegs. Rund die Hälfte unserer Leute sind nach fünf oder sieben Jahren wirtschaftlich selbstständig. Der Rest braucht länger. Dann müssen wir halt schauen, ob wir sie im Gebäude lassen oder etwas anmieten.
Lütolf: Aber wieso brauchen wir dann eine neue Lösung, wenn der Bezirk jetzt schon gute Arbeit leistet?
Schuler: Nach rund 300 Tagen in Kollektivunterkünften kommen die Leute hierher und müssen unterrichtet werden, wie es hier läuft. Sie lernen, wie sie selbstständig leben, wohnen und arbeiten können. Dazu braucht es Betreuung. Das ist das Ziel eines Integrationszentrums und dauert halt ein paar Jahre.

Lütolf: Aber wäre es dann nicht viel sinnvoller, wenn man in die Integration investieren würde statt in ein Gebäude? Hier kann man ja wohnen. Es ist nicht schlecht in den Containern. Sie sind bewohnbar und überhaupt kein Problem. Das Gebäude braucht es für die Integration nicht zwingend.

Schuler: Doch, ich glaube schon. Längerfristig ist es für den Bezirk am günstigsten, wenn er ein eigenes Gebäude hat und nicht extern Wohnraum mieten oder wiederkehrend Container ersetzen oder sanieren muss. Natürlich gibt es Containerlösungen, die auch für Familien geeignet sind. Für eine 4½-Zimmer-Wohnung kommen wir bei einer Laufzeit von 15 Jahren auf 250000 Franken. Wenn man das hochrechnet, ist es günstiger, etwas Preiswertes zu bauen. Das wollen wir machen: kostenoptimiert in die Höhe bauen, sechs Mio. Franken für zwei Dutzend Wohnungen und 100 Leute.

Lütolf: Meggen hat gerade innert wenigen Monaten für 800000 Franken eine Container-Unterkunft für 100 Personen realisiert. Alleine mit dem Geld, das für den Planungskredit ausgegeben wird, kämen wir somit schon sehr weit und könnten die bestehende Unterkunft innerhalb weniger Monate ausbauen und die Kapazität erhöhen. Zudem hat Meggen die Container angemietet, so besteht die nötige Flexibilität in Bezug auf die Kapazität.

Schuler: Unsere Lösung ist mittel- und langfristig. Das schliesst nicht aus, dass man kurzfristig weiteren Raum mit Containern schafft.

Lütolf: Aber wieso macht man denn das nicht zuerst, jetzt wo die Zahlen hoch sind? Einen Bau kann man ja danach immer noch machen, sollte ein echter Bedarf dafür bestehen.
Schuler: Aktuell haben wir ja eine Lösung und alle Leute haben ein Dach über dem Kopf. Unser Ziel ist, die Container und die Mietverhältnisse Schritt für Schritt aufzulösen. Unser Projekt ist besser für die Integration und birgt weniger Konfliktpotenzial als die Container.

Lütolf: Wieso weniger Konfliktpotenzial? Container liessen sich problemlos auch so anordnen, dass man beispielsweise getrennte Eingänge hat.

«Wir finden es nachhaltiger, selber etwas zu bauen.»

Toni Schuler
Bezirksrat (Die Mitte)

Schuler: Ja, aber sie sind nicht nachhaltig. In zehn Jahren reden wir dann wieder über neue Container obwohl die Grundlast immer da sein wird. Nochmals: Wir wollen eine nachhaltige Lösung.

Die SVP argumentiert, mit einem Neubau würde der Bezirk im Luterbach wertvolle Landreserven langfristig verbauen. Gerade auf die grüne Wiese baut man hier allerdings nicht. Fakt ist, dass hier bereits seit 2003 eine Containerunterkunft steht.

Lütolf: Wir haben im Bezirk Küsnacht ein unglaubliches Problem, was öffentliche Flächen anbelangt. Wir haben kaum mehr Platz, um zusätzlichen Schulraum zu realisieren. Womöglich ist das Luterbach für ein Schulhaus nicht geeignet, aber vielleicht für andere öffentliche Infrastruktur, die dafür andernorts keinen Platz beansprucht, den man auch für ein Schulhaus nutzen könnte. Wir kennen die künftigen Herausforderungen nicht. Deshalb sollte man sich die Möglichkeiten nicht wortwörtlich verbauen, sondern im Asylbereich mit flexiblen Lösungen arbeiten.

Schuler: Seit 20 Jahren stehen die Container hier und man stellte sie nie um. Eine flexible Lösung war also gar nicht nötig. Was wir jetzt vorschlagen, ist ja gerade landschonend: Wir wollen in die Höhe bauen und nicht – wie mit den Containern – zweistöckig nebeneinander. Wir könnten die

Unterkunft sogar daneben spiegeln, wenn das nötig würde. Wir nehmen Rücksicht auf die bestehenden Sportanlagen und deren weitere Entwicklung. Den Schulraum konkurrenzieren wir hier sicher nicht.

Die SVP sagt, das bisherige Vorgehen des Bezirksamts hinsichtlich der geplanten Asylunterkunft sei «völlig unverständlich». Können Sie das konkretisieren?

Lütolf: Das Projekt wurde 2019 aufgelegt. 2020 kam man zum Schluss, dass es keinen Sinn macht. Jetzt gräbt man die alten Unterlagen und eine Nutzwertanalyse von 2019 wieder aus, ohne ausgewiesenen Handlungsbedarf.

Der Systerungsentscheid fiel aber nicht, weil das Projekt an sich keinen Sinn machte, sondern weil der Bezirksrat dafür gerade keinen Bedarf sah.

Lütolf: Ja gut, die Begründung überlasse ich dem Bezirksrat. Auf jeden Fall begrüssten wir den Entscheid. Und jetzt, da die Asylzahlen wieder steigen, will man wieder langfristig bauen, obwohl man die bestehende Infrastruktur mit einfachen Massnahmen und wenigen 10000 Franken aufrüsten könnte. Mit dem Planungskredit alleine liesse sich einiges erneuern und verbessern, sowie die Kapazität erweitern. Man will einfach nicht.

Umgekehrt könnte man auch argumentieren: Hätte der Bezirk das Projekt 2020 nicht sisiert, stünde das Gebäude jetzt und man wäre bereit gewesen für den grossen Anstieg der Zuweisungen.

Lütolf: Es ist nicht so sicher, dass es jetzt stünde. Planung und Bau hätten auch Zeit gebraucht und dann hätte die Bevölkerung ja auch ein Wörtchen mitzureden gehabt. Die Kapazität gegenüber einer heutigen Lösung mit Containern wäre dadurch nicht gestiegen. Ausserdem könnte man die Container hier einfach und für viel weniger Geld ausbauen.

Schuler: Der Bezirksrat schubladisierte das Projekt damals, weil es genügend andere Lösungen gab und nicht weil man es als sinnlos betrachtete. Man konnte günstig befristeten Wohnraum mieten. Die Nutzwertanalyse von 2019 ist nach wie vor gültig. Heute baut man nicht gross anders als vor vier Jahren.

Lütolf: Aber gewisse Faktoren in dieser Nutzwertanalyse hätte man überdenken können. Man hätte ökonomische Aspekte viel stärker gewichten müssen als ökologische Qualität. Das wurde hier genau gleich gewichtet. Auch den Standort hinterfragte man nicht.

Schuler: Die Analyse wurde von einer Fachperson erstellt und ich masse mir nicht an, sie zu kritisieren. Ich vertraue ihrer Arbeit und kann das höchstens mit gesundem Menschenverstand etwas hinterfragen. Der Entscheid, einen Bau zu machen, basiert auf der Nutzwertanalyse, nicht aber der Standort. Wir prüfen auch andere Standorte, befinden diesen aber als bestes.

Was tut der Bezirksrat eigentlich, falls ihm die Stimmbewölkerung ein Bein stellt und den Planungskredit ablehnt?

Schuler: Das müsste er sich nach einer Ablehnung überlegen. Er müsste nach den Gründen dafür suchen und erörtern, welche langfristigen Alternativen es gäbe. Kurz- oder mittelfristig wird sich nichts ändern. Wir sind aktuell gut im Verteilschlüssel und müssen nicht mehr Leute aufnehmen. Spätestens im Sommer 2024, wenn das Mietverhältnis im Gymnasium Immensee endet, müssen wir allerdings 30 Personen umplatizieren.

Temporäre Lösungen

Das kosten andernorts Container und Module

Zahlreiche Gemeinden, Städte und nun auch der Bund greifen zu Containern, um Geflüchtete unterzubringen. Anschauungsunterricht bieten aktuell Meggen oder Ebikon. Ein Schnäppchen sind Containersiedlungen nirgends.

fab. Bei der Conecta AG in Winterthur, der Alho Systembau AG in Wikon, der Tremco Baugeräte AG in Mühlehorn und der WL Bau in Sempach laufen derzeit die Drähte heiss:

Vielorts ist Wohnraum für Menschen aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich derart knapp, dass sich die Betriebsbewilligung gilt für acht Jahre. Die Gemeinde attestiert den Containern eine Lebensdauer von 20 bis 25 Jahren. Sie hat die Anlage gekauft und an den Kanton Luzern vermietet, wodurch sie die Baukosten amortisieren will.

Auch Meggen musste handeln: Anfang März übergab die Gemeinde dem Kanton Luzern die Wohncontainersiedlung Gottlieben. Sie bietet Wohnraum für rund 100 Personen. Die Investitionskosten von rund 800000 Franken trägt die Gemeinde selber, für die Containermiete kommt indirekt der Kanton auf. Wie viel sie betragt, will weder die Gemeinde, noch der Kanton verraten.

Rund um Winterthur setzen derzeit mehrere Gemeinden kleinere Projekte mit Wohncontainern um. So baut etwa die Gemeinde Seuzach für 509000 Franken eine provisorische Notunterkunft für 24 Personen. Interessanter ist aus Küsnachter Optik, was die Stadt Kloten plant: eine auf 80 Personen ausgelegte Unterkunft mit Conecta-Containern. Der Stadtrat hat dafür einen Kredit von 2,4 Mio. Franken bewilligt. Der grösste Teil davon – fast 1,5 Mio. Franken – fällt für die dreijährige Miete der Container sowie deren Montage und Fundamente an.

Einiges grösser, qualitativ hochwertiger und deshalb auch teurer ist die Wohnmodulsiedlung auf dem Erlengmatplatz in Basel, die Mitte Juni bezogen wird. Sie bietet Platz für 140 Personen und soll während drei bis fünf Jahren betrieben werden. Kostenpunkt hier: rekordverdächtige 13,3 Mio. Franken.

Rustikal oder komfortabel, geräumig oder eng, gemietet oder gekauft: Die geschilderten Lösungen sind sehr unterschiedlich. Gemeinsam ist ihnen, dass sie nur auf ein paar Jahre ausgelegt sind – und trotzdem schnell einen siebenstelligen Betrag kosten.

Viel Aufwand für wenige Jahre

Der «FS» hat zehn aktuelle, temporäre



Ebikon hat für fünf Mio. Franken eine Containerunterkunft für 160 Personen gebaut. Genutzt wird sie für maximal acht Jahre.